

Info Überlastungs-/Gefährdungsanzeige

Häufig erleben Lehrer:innen an saarländischen Schulen, dass der Dienstherr ihnen weit mehr Aufgaben überträgt, als zu schaffen sind. Manchmal verhindern auch die Arbeitsbedingungen eine Erfüllung der Dienstpflichten der Arbeitnehmer:innen und Beamt:innen.

In diesem Fall sind die Kolleg:innen nicht nur berechtigt, sondern auch verpflichtet, dies dem Dienstherrn anzuzeigen, damit dieser für Abhilfe sorgen kann (siehe Arbeitsschutzgesetz §§ 15 bis 17). Das gilt insbesondere, wenn die Überlastung zu Gefährdungen oder Schäden führen kann, z. B. zur unzureichenden Beaufsichtigung von Kindern. Eine weitere Funktion der Überlastungsanzeige ist die Haftungsfreistellung der Kolleg:innen gegenüber dem Dienstherrn oder Dritten. Unterlaufen dem Beschäftigten Fehler wegen Arbeitsüberlastung, so ist er gegebenenfalls schadensersatzpflichtig. Die Überlastung sollte aus Nachweisgründen schriftlich gegenüber dem Dienstherrn angezeigt werden.

Die Überlastungs-/Gefährdungsanzeige ist schriftlich zu verfassen, der Dienstweg muss eingehalten werden. Eine Überlastungsanzeige kann jeder Beschäftigte individuell an den Dienstherrn herantragen, es kann aber auch eine kollektive Überlastung angezeigt werden. Dabei ist es sinnvoll, die Belastungsfaktoren so konkret wie möglich zu benennen, damit der Dienstherr für Abhilfe sorgen kann. Auf gesundheitliche Probleme bzw. Gefährdungen aufgrund der Arbeitsüberlastung sollte ebenfalls hingewiesen werden.

Vom Ministerium muss innerhalb von vier Wochen, unter Einbeziehung der Personalvertretungen, eine Reaktion erfolgen. Es sollten Lösungsansätze zur Beseitigung der Überlastung erkennbar werden. Hilfreich sind hier auch eigene Ideen als Lösungsansatz. Sie nehmen dem Arbeitgeber jedoch nicht seine Fürsorgepflicht ab. Umgesetzt werden müssen Maßnahmen zur Prävention, die Überprüfung der Gefährdungsbeurteilung, auch Maßnahmen im Rahmen des Betrieblichen Eingliederungsmanagements sind denkbar.

Die Überlastungsanzeige ist natürlich kein Freibrief, d. h. die Beschäftigten müssen trotz Überlastungsanzeige alles ihnen Mögliche tun, um Schäden für Dritte, den Dienstherrn oder sich selbst zu verhindern.

Link Arbeitsschutzgesetz:

<https://www.gesetze-im-internet.de/arbschg/>

Mögliche Überlastungen im Schulbereich:

- personelle Unterbesetzung
- Die inklusive Beschulung erfordert Förderpläne, Schulberichte, Beratungsgespräche, Durchführung von Förderausschüssen, Kooperation mit verschiedenen Personen und Einrichtungen, erhöhten Aufwand bei der Diagnostik und der Vorbereitung eines noch differenzierteren Unterrichts
- Eine gestiegene Zahl von Kindern mit erheblichen Verhaltensauffälligkeiten bringt viele Gespräche und Absprachen mit Eltern, Therapeuten, Beratungsstellen usw. mit sich einschließlich zu schreibender Berichte und Förderpläne.
- Klassenzusammenlegungen
- Beaufsichtigung von Klassen neben dem eigenen Unterricht
- fehlende Zeitressourcen
- tägliches Pendeln zwischen Gebäudeteilen und Schulstandorten
- Kranke Lehrerinnen sollen für die Vertretungskräfte den Unterricht inhaltlich vorbereiten
- Feuchte Räume / Schimmel, überfällige Sanierung
- Schadstoff-Belastung
- mangelnder Lärmschutz,
- schäbige, muffelnde Toiletten
- bauliche Beeinträchtigung am Arbeitsplatz
- Hygieneprobleme